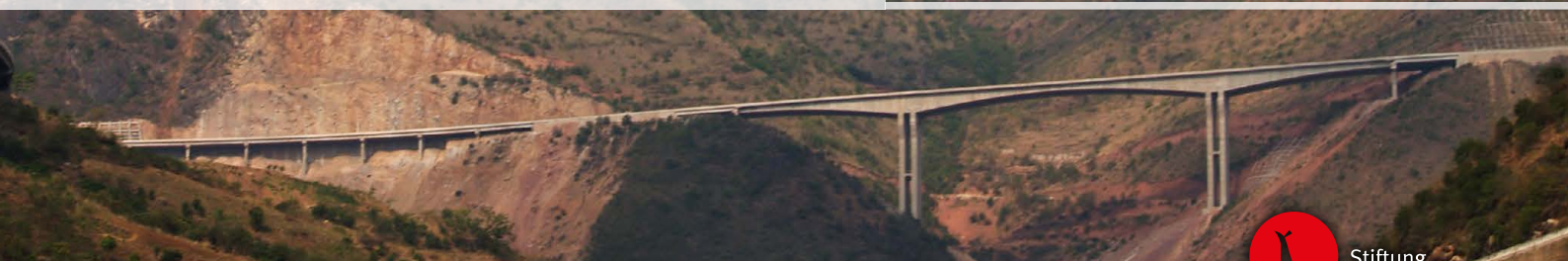


Die Asiatische Entwicklungsbank in Myanmar

Einige Fakten und Gedanken,
ohne Anspruch auf Vollständigkeit

Pieter Jansen



Die Asiatische Entwicklungsbank _____

Erklärtes Ziel der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB, Asian Development Bank) ist es, die Armut in den asiatischen Entwicklungsländern zu reduzieren, indem wirtschaftliches Wachstum generiert wird (Armut wird hierbei rein in Bezug auf Einnahmen und nicht als ein sozial beeinflusster Kontrollfaktor verstanden). Als Bank stellt sie Entwicklungsländern und Ländern mit mittlerem Einkommen in Asien Anleihen und technische Assistenz zur Verfügung. Die ADB ist eine öffentliche Entwicklungsbank. Dies bedeutet, dass ihr Grundkapital zum Teil garantiert wird durch Vermögensreserven, die von den Mitgliedsländern eingebracht werden. Diese öffentliche Garantie ermöglicht der Bank, Geld auf einfachem Wege von den internationalen Kapitalmärkten zu leihen und/oder private Investitionen anzuwerben. Die ADB mobilisiert Finanzressourcen durch Kofinanzierung und fördert die Vermittlung von Kofinanzierungen. Sie ist überzeugt von der Wichtigkeit der Entwicklung des privaten Sektors in Entwicklungsländern.

Burma-Initiative

Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance) der europäischen Länder fließt in die ADB. Deutschland hat beispielweise seit dem 31. Dezember 2013 7,07 Milliarden US-Dollar (USD) an Kapitalanteil beigesteuert. Seit seinem Beitritt 1966 hat sich Deutschland mit 2,43 Milliarden USD an Sonderfonds beteiligt. Der Asian Development Fund ist der wichtigste Sonderfond; er bietet den am wenigsten entwickelten Ländern (LCD, Least Developed Countries) Vorzugsdarlehen (Anleihen mit niedrigem Zinssatz und langfristiger Laufzeit) an. 2013 übermittelte die ADB ein erstes Vorzugsdarlehen des Asian Development Fund in Höhe von 60 Millionen USD an Myanmar für ein Projekt zur Verbesserung der Energieverteilung, durch das die Effizienz der Verteilung gesteigert werden soll.

Die ADB und Myanmar _____

Myanmar ist seit 1973 Mitglied der Asiatischen Entwicklungsbank. Zwischen 1973 und 1987 hat Myanmar Anleihen in Höhe von 530 Millionen USD erhalten und schuldet der ADB 325 Millionen USD. Als Reaktion auf die Niederschlagung der pro-demokratischen Demonstrationen im Jahr 1988 bewilligte die Bank Myanmar über 20 Jahre lang keine Anleihen mehr. Trotz der fast zwanzigjährigen Einstellung ihrer Unterstützung für das Land nahm das Greater Mekong Subregion (GMS) Programm der ADB seit seinem Beginn 1992 Myanmar als teilnehmendes Mitglied auf. Unter dem Schirm des GMS-Programms hat die Bank circa 14 Milliarden USD in 55 Projekte investiert, darunter subregionale Straßen, Flughäfen und Bahnstrecken, Wasserkraftwerke und weitere Infrastruktur sowie die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten in den fünf Staaten des Mekong-Beckens, Kambodscha, Laos, Thailand, Vietnam und die Yunnan-Provinz in China. Der Grundgedanke hinter dem GMS-Programm lautet, dass ein einzelner regionaler Markt mehr gewinnbringende Geschäftsmöglichkeiten für Unternehmen schafft als mehrere lokale Märkte. Inzwischen gibt es jedoch Belege dafür, dass das GMS-Programm desaströse Konsequenzen insbesondere für kleine Handels- und Handwerksbetriebe hatte: ursprünglich lokal hergestellte Waren wurden nun durch billige Kopien aus China ersetzt.

Unter dem Dach der GMS wurde beratende Unterstützung beim Aufbau von Überlandleitun-

gen angeboten, welche die Energie aus den Staudämmen in Myanmar zu den Ballungsräumen Thailands transportieren sollen.¹ Die Bank hat ebenfalls den Bau der notwendigen Straßeninfrastruktur zur burmesischen Grenze mitfinanziert, die als vorläufige Verbindung zu den (geplanten) Sonderwirtschaftszonen (SEZ, special economic zone) und Häfen in Myanmar (in Dawei, Thilawa und Kyaukpyu) gebaut wurde und zu verbreiteten Protesten vor Ort geführt hat. 2009 entwickelte sie eine Energiestrategie für die GMS-Region, die Pläne für Erdgas-Pipelines und Regelungen für den Erdgashandel und -markt beinhaltet und Myanmar als Hauptproduzenten einschließt.

Zu einer Zeit, als Geschichten darüber erzählt wurden, wie Menschen dazu gezwungen wurden, Agro-Crops auf ihren eigenen Feldern anzubauen oder auf Großplantagen zu arbeiten, trafen sich zeitgleich die LandwirtschaftsministerInnen der sechs GMS-Staaten, um die Möglichkeiten der Bio-Energie zu diskutieren. Die ADB hat den Generälen des burmesischen Militärs fortwährend Unterstützung zur Teilnahme an den regionalen GMS-Treffen geboten. Nicht zuletzt stellte die ADB 2008 nach dem Zyklon Nargis als Teil der Tripartite Core Group Unterstützung bei der Soforthilfe und beim Wiederaufbau über die ASEAN bereit.

Im November 2010 wurden in Myanmar Wahlen abgehalten, die einer quasi-zivilen Regierung die Macht übertrugen. Laut Einschätzung der Bank (und der EU) ist das Land 2011 endgültig wieder zur Rechtsstaatlichkeit zurückgekehrt. Doch einige anerkannte JournalistInnen und MeinungsmacherInnen sind der Ansicht, dass immer noch die gleiche Militär-Elite und Wirtschaftsclique an der Macht ist. Das Wahlverfahren an sich war undemokratisch und fand unter unfairen Bedingungen statt. Mit dem Bruch des Waffenstillstandsabkommens im nördlichen Kachin-Staat 2011 wurde der jahrzehntelange Bürgerkrieg neu entfacht.

Die Entwicklungsstrategie der ADB für Myanmar _____

2013 veröffentlichte die ADB die Länderstudie »Myanmar: Unlocking the Potential«, die in der Sprache der EntwicklungsbankerInnen und -BeraterInnen geschrieben ist und sehr viele Schlagwörter wie »Inklusive Entwicklung«, »Integration« und »Ausländische Direktinvestition« (FDI, foreign direct investment) enthält. Die Studie untersucht



die wichtigsten Probleme, die behoben werden müssen, um Myanmars Potenzial freizusetzen. Dazu gehören die schwache Infrastruktur, die Bildung moderner Märkte und Regierungseinrichtungen, die menschliche Entwicklung, stärkere regionale Integration sowie eine klare Ausrichtung auf inklusives Wachstum und Umweltschutz. Die Studie geht auf die Notwendigkeit ein, einen günstigen Rahmen für die Entwicklung des Privatsektors und für einen funktionierenden Finanzsektor zu schaffen. Für seine industrielle Entwicklung sei es nötig, Vorteile aus den niedrigen Lohnkosten zu gewinnen und dementsprechend arbeitsintensive Herstellungswege zu fördern, mit dem Ziel sich in die globale Wertschöpfungskette zu integrieren, SEZs aufzubauen und weitere FDIs anzuziehen. Ferner wird der komparative Vorteil erwähnt, den Myanmar im landwirtschaftlichen Bereich mit seinen reichlich vorhandenen Land- und Wasserressourcen, Arbeitskräften und seiner geografischen Nähe zu den am schnellsten wachsenden Nahrungsmittelmärkten der Welt hat. Die Tourismusbranche wird als wichtiger Impulsgeber (zur Änderung der »Spielregeln«) genannt – was auch immer damit gemeint ist. Schließlich fordert die Studie ein inklusives Wirtschaftswachstum, das auf den Säulen des Wirtschaftswachstums aufbaut – nämlich wirtschaftliche Möglichkeiten für benachteiligte Gruppen zu schaffen und in die Bildung, das Gesundheitssystem und in die sozi-

ale Grundversorgung zu investieren, um somit die menschlichen Ressourcen zu fördern und soziale Sicherheitsnetze zu errichten.

Zivilgesellschaftliche Bedenken _____

Laut zivilgesellschaftlichen Gruppen fehlt es dem Marktintegrationsprozess in der Mekong-Region an einem gut etablierten und effektiven Rechts- und Entscheidungsfindungsrahmen. Falls tatsächlich die gleiche, meist ethnisch birmanischen militärischen Eliten und Wirtschaftsquellen nach wie vor in Myanmar am Steuer sitzen und das Land weiterhin (ethnisch) geteilt bleibt, gibt es keine Garantie für eine »Spielregeländerung«. Die Haupteinnahmen werden auch künftig aus dem Verkauf von Naturressourcen kommen und Projekte werden weiterhin häufig zur Militarisierung rund um Staudamm- und Bergwerkprojekte, zu Umweltschäden und zum Verlust des Lebensunterhaltes führen. Die Einnahmen werden in die Hände des reichsten einen Prozents der Bevölkerung fallen.

Die ADB hat den Bau wichtiger Infrastruktur zur Verbindung der SEZs, der Wasserkraftwerke² und der Agrarwirtschaft mit den Häfen und grenzüberschreitenden Märkten kofinanziert und wird wahrscheinlich auch in Zukunft in Staudämme und Häfen investieren. Die ADB sieht in den SEZs ein nützliches Instrument zur Entwicklung des Privatsektors. Aber eine SEZ ist letztendlich eine Enklave

ADB-Überwachungsmechanismus in Khmer, 2007 © Pieter Jansen

innerhalb eines Staates, die unter einer vom Staat gesonderten Administration agiert und somit geringeren Sozial- und Umweltschutzaufgaben, aber auch milderer Steuerregelungen ausgesetzt ist. Die ADB hat verbindliche Schutzmechanismen eingeführt, um die Umwelt und das soziale Wohlbefinden der Menschen in den Projektgebieten vor möglichen Beeinträchtigungen zu schützen und/oder um sie für unvermeidliche Kollateralschäden, die mit solchen Projektentwicklungen einhergehen, zu entschädigen. Das kreditnehmende Land ist verpflichtet, diese Schutzmechanismen umzusetzen. Doch es liegt in der Natur von SEZs umwelttechnische und soziale Schutzmaßnahmen, die die Kreditnehmer der ADB erfüllen müssen, mit geringstem Aufwand, wenn nicht gar unzureichend, zu bewältigen. Zahlreiche Beispiele aus Kambodscha und Laos belegen solche Unzulänglichkeiten.

Das Potenzial freisetzen – aber für wen? _____

Vor 2010, also noch während der Sanktionsperiode, sah es so aus, als ob alle Vorbereitungen auf den Moment hingezielt hätten, wo Myanmar sich für ausländische Investitionen öffnen würde. Andererseits macht es genauso viel Sinn zu sagen, dass die ADB während des Boykotts die bestehenden regionalen Handelsbeziehungen zwischen Myanmar und seinen Nachbarn, die trotz der Sanktionen fortgeführt wurden, zu vereinfachen versucht hat. So umgingen beispielsweise Thailand und Indien den Boykott auf einfache Weise und Thailand und China wurden zu Myanmars Haupt-handelspartnern. Sogar Japan, das Land mit den meisten Anteilen an der Bank und Vorsitzende der ADB seit ihrer Gründung Mitte der 1960er Jahre, hat Wege gefunden, den Boykott ohne Gesicht-verlust zu umgehen, wahrscheinlich indem es das GMS-Programm der Bank als diplomatisches und politisches Instrument nutzte.

Die Länder der Europäischen Union hatten sich auf eine gemeinsame Position in Bezug auf Myanmar und die Aufhebung aller nicht-humanitären Hilfe oder Entwicklungsprojekte geeinigt. EU-Mitglieder durften somit bei den Vorstandssitzungen der ADB nicht zu Gunsten von Projekten stimmen, die Myanmar betrafen. Nichtsdestotrotz haben europäische Geber weiterhin große Summen für das GMS-Programm beigesteuert, ohne Myanmars Teilnahme zu beanstanden.

Noch ehe die ADB und die Weltbank nach der Boykottphase auf Myanmar zuzogen, forderten sie die Zahlung der 952 Millionen USD Rückstände. Die meisten Schulden gingen auf die Zeit vor den 1980er Jahren zurück; die Beziehungen waren ab 1988, nach den harschen Repressionen der Zivilrechte, eingefroren worden. Nach den 1990ern waren es dann die Generäle selbst, die die Abzahlung der internationalen Schulden einstellten. Zuerst musste das Land ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds unterschreiben, mit dem es sich zur Einhaltung von Auflagen verpflichtete. Japan unterstützte Myanmar mit einem »Überbrückungsdarlehen« von 952 Millionen USD. Daraufhin wurden ein Kredit der Weltbank in Höhe von 440 Millionen USD und ein Kredit der ADB in Höhe von 512 Millionen USD bewilligt. Diese Summen stimmen mit den Rückständen exakt überein. Diese Kredite sollten zum Teil dazu dienen, das Darlehen seitens Japans zurück zu zahlen. Dieser Deal war in mancher Hinsicht politisch motiviert. Er entspricht nicht den internationalen Grundsätzen zur Handhabung von Schulden von Entwicklungsländern. Myanmars Auslandsschulden waren, allgemein gesehen, gering. Der Deal hat das Tor für den Fluss von Mitteln der Entwicklungshilfe geöffnet. Einige würden sagen, dass dieser Schuldenschnitt nicht an eine Reform des politischen Systems gebunden war, sondern in Wirklichkeit dem Militärregime, das in einen Bürgerkrieg verwickelt war, Unterstützung leistete.

Geopolitische Spielwende? _____

Das GMS-Programm hat seinen Ursprung höchstwahrscheinlich in der Wirtschafts- und Außenpolitik Japans. Zu Mitte der 1980er Jahre befand sich Japan inmitten eines Handelskrieges mit den USA. Das Plaza-Abkommen zwang Japan schließlich den Yen aufzuwerten, wodurch japanische Produkte teurer wurden. Japans multinationale Konzerne suchten daraufhin nach Möglichkeiten, diese Situation zu umschiffen, indem sie Niederlassungen im Ausland gründeten. Um dies zu vereinfachen, begann Japan in die Infrastruktur der Mekong-Länder und in die Schaffung von Wirtschaftszonen zu investieren und machte so seine Machtposition innerhalb der ADB geltend; dazu kamen noch Direktinvestitionen über die Japan Bank for International Cooperation und die Japan International Cooperation Agency.



Die ADB sieht sich jüngst mit dem Aufkommen anderer Entwicklungsbanken wie der chinesischen Asian Infrastructure Investment Bank und der BRICS-Bank (die sogenannte New Development Bank, die von den BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika gegründet wurde) einer wachsenden Konkurrenz ausgesetzt. In den Augen Chinas sind Japan und die USA ihren Versprechen, China mehr Mitwirken in der Weltbank und in der ADB zu erlauben, nicht nachgekommen, weswegen es nun seine eigenen Banken gründet. Als Reaktion darauf monieren die USA die neue chinesische Entwicklungsbank als einen Versuch, die internationalen Finanzinstitutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden, zu unterminieren. China beabsichtigt der neuen Bank 50 Milliarden USD als Kapital zuzusichern und versucht, weitere 50 Milliarden USD über andere Finanzinstitutionen und Privatkapital zu sammeln. Zum Vergleich: die ADB verfügt über ein Kapital von 78 Milliarden USD.

Chinas Investitionen in Myanmar übersteigen die der meisten anderen Länder bei weitem. Es ist schwierig, vertrauenswürdige Statistiken zu finden; der Länderbericht von Thailand und China geht von einer geschätzten Höhe von 326 bzw. 749 Millionen USD aus, die beide Länder jeweils im Jahr 2012 in Myanmar investiert haben. Die offiziellen FDI-Statistiken der Weltbank gehen von

einer Gesamtsumme in Höhe von 2,243 Milliarden USD im Jahr 2012 aus.

Das 3,6 Milliarden USD-schwere Myitsone-Staudammprojekt wurde zwar 2011 gestoppt, doch andere chinesische Großinvestitionen sind weiterhin in Planung, wie etwa die 17,5 Milliarden USD teuren Öl- und Gaspipelines, die Kraftstoff von Myanmars Südküste nach Yunnan, Chinas südwestliche Binnenprovinz, transportieren sollen – ein Projekt, das wiederholt von der Kachin-Bevölkerung sabotiert wurde.

Der Bürgerkrieg _____

Zur gleichen Zeit, als Myanmar, die internationalen Finanzinstitutionen und Japan ihre Geschäfte abschlossen, verstärkte sich die Bombardierung der Zivilbevölkerung im Kachin-Staat. Kürzlich hatte ich die Gelegenheit, eine Shan-Forscherin nach ihrer Meinung zum jüngsten Zufluss an Entwicklungskapital zu fragen: »Die Regierung hat von der japanischen Regierung und multilateralen Banken technische und finanzielle Unterstützung erbeten, um die Entwicklung des Landes zu fördern. Doch hierbei geht es maßgeblich um materielle Entwicklungsschritte. Sie sind der Meinung, dass wenn Entwicklung stattfindet, Frieden folgen wird. Aber in diesen kritischen Zeiten sollte man sich fragen: was sollte zuerst kommen, der Friedens- oder der Entwicklungsprozess?«

ADB-Delegation trifft sich mit Myanmars Daw Aung San Suu Kyi, 2012
© Asian Development Bank;
<www.flickr.com/photos/asiandevelopmentbank/7821827184/>,
<creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/>

Weiter sagte sie: »Die Militärregierung hat Entwicklungsprojekte als Instrument für ethnische Säuberungen genutzt, da die meisten Naturressourcen sich ja in den Gebieten der ethnischen Gruppen befinden. Im Namen der Sicherheit hat die Militärregierung Truppen entsandt, um die Umgebung der Großprojekte zu schützen. Die Militärpräsenz in den Projektgebieten war schließlich der Auslöser der Konflikte zwischen der Militärregierung und den bewaffneten ethnischen Gruppen, weil Menschenrechtsverletzungen, Folter, Vergewaltigungen, Zwangsarbeit und Zwangsumsiedlungen unvermeidlich waren.«

Die ADB scheint zumindest Teile ihrer Strategie korrigiert zu haben, nachdem Kritik an ihren Investitionen in Konfliktgebieten laut wurde. Erst vor kurzem ernannte sie einen Konfliktberater.

Schlussbemerkungen

Eine befreundete NGO-Vertreterin aus China, die 2011 in Myanmar Forschungen zu den chinesischen Investitionen betrieben hat, brachte es auf den Punkt: die reichen Ressourcen Myanmars sind äußerst verführerisch. Dies ist mit gewissen Gefährdungen für die Entwicklungsstrategie der chinesischen Investoren, aber auch der ADB verbunden. Die bereits erwähnte ADB-Länderstudie listet an einer Stelle mögliche Bedrohungen auf, geht aber nicht weiter darauf ein, wie diesen zu begegnen sei. Folgende Gefahren wurden dort erwähnt: der sogenannte »Ressourcenfluch«, eine hohe Abhängigkeit von der Gewinnung von Naturressourcen und vom Landwirtschaftssektor, eine beschränkte Diversifikation der Wirtschaft, ethnische und religiöse Ungleichheit, politische Unsicherheit, schwache Regierungsführung sowie ökologische Verwundbarkeit und Klimawandel.

Folgende Empfehlungen könnten der Bank helfen, ihre Strategie diesen Gefahren anzupassen:

Auf die Konfliktsituation muss viel mehr Aufmerksamkeit gerichtet werden, genauso wie auf den Wunsch der ethnischen Gruppen nach mehr Autonomie in den Entwicklungsplänen, statt auf zentral gesteuerte Pläne zu bestehen. Auch müssen die rechtlichen Probleme besser beachtet werden. Ein auf Rechten basierender Ansatz ist entscheidend für Myanmars Lage, weswegen das Recht auf freie, frühzeitige und informierte Zustimmung (»Free, prior and informed consent«) angewendet werden sollte. Die menschliche Entwick-

lung sollte nicht nur als eine Frage der Arbeitsproduktivität gesehen werden. Bis jetzt wurden kaum Modelle und Wege erdacht, um soziale Sicherheit zu erlangen.

Die wichtigsten Fragen könnten schließlich lauten: »Soll Myanmar wirklich seine Naturschätze in Finanzgüter umwandeln?«; »Welche Naturschätze sollten in Finanzgüter umgewandelt werden?«; »Welche Naturschätze sollten für unsere Enkelkinder erhalten werden?«

Um eine weitere Kollegin zu zitieren: »Eine Sache, die mich immer wieder fasziniert und zugleich beunruhigt, ist die fehlende Verbindung zwischen dem sich kontinuierlich ausbreitenden Denken in Wachstumsmodellen und der Idee von Wohlstand, ganz ohne Wachstums- und Verteilungsmodelle.«

Und schließlich wäre es vielleicht hilfreich, auf die Worte meiner chinesischen Kollegin zu hören: Ihr solltet zuallererst die Belange der myanmari-schen Bevölkerung beachten! Es ist sehr wichtig zu klären, wie die Bevölkerung umfassend über die Projekte informiert werden kann, damit sie auch an den Diskussionen zu Entwicklungsprojekten teilnehmen kann. Genauso wichtig ist es, zu eruieren, wie die willkürliche Administration der Regierung Myanmars umgangen werden kann.

Die reichen Ressourcen Myanmars sind in der Tat sehr verführerisch; doch viel relevanter sind die wachsenden Forderungen der Lokalbevölkerung nach dem Recht auf Informationen darüber, was in ihren Gebieten passieren soll. Mit anderen Worten: zahlreiche Unternehmen sind an Projekten beteiligt, die eine beachtliche Auswirkung auf die örtliche Gemeinschaft und Umwelt haben, doch versäumen sie es, ein gegenseitiges Verständnis mit den Einheimischen aufzubauen. Unternehmen sollten häufiger in Projekte investieren, die der einheimischen Bevölkerung nützen – und diese auch einbeziehen – so dass sie auch tatsächlich an den Projekten teilhaben können. Nur so können die Hindernisse beseitigt werden.

Anmerkungen

- 1 Smith, Beaumont (2011): »Murdering the Mekong«; <<http://www.downtoearth.org.in/content/murdering-mekong-river>>.
- 2 Kemp, Melody: Kachin Capers. Dissent, Issue 35 (Autumn/Winter 2011).

Interview mit Nang Shining, Forscherin aus dem Shan-Staat

Was bedeuten die Wahlen, die 2015 stattfinden werden, für die Menschen im Shan-Staat und was erwarten Sie sich von den Wahlen?

Basierend auf meinen Beobachtungen und Diskussionen mit Gemeinschaften in meinem Heimatort Mong Pan im Shan-Staat musste ich feststellen, dass die Menschen keine konkrete Vorstellung von Wahlen und der Bedeutung ihrer Wahlbeteiligung haben. Während des Wahlkampfes bereisten VertreterInnen der verschiedenen Parteien Dörfer in Mong Pan, um möglichst viele Menschen für ihre Parteien zu gewinnen. Während der Wahlkampagne haben die politischen Führungspersonlichkeiten nur unvollständig und mangelhaft den Sinn der Wahlen vermittelt. Stattdessen haben sie die Menschen mit Parolen gelockt: »Wenn ihr unsere Partei unterstützt, dann werdet ihr davon politisch profitieren, ihr werdet frei sein zu tun, was immer ihr möchtet! Ihr könnt dann sogar die Straßen sperren und euren Geschäften nachgehen.« Die Bedeutung von Demokratie wurde auch falsch ausgelegt. Die ethnische Minderheit der Shan lebt seit Jahrzehnten in Unterdrückung; sie folgen einfach denjenigen, von denen sie zuerst angesprochen werden. Ich habe herausgefunden, dass eine ihrer zentralen Erwartungen an die Wahlen darin besteht, frei von der Angst vor Unterdrückung zu sein. Bisher setzen sie sich nicht für ihre eigenen Rechte ein. Mein Vorschlag ist, dass sich die lokale Gemeinschaft selbst ermächtigen muss, um die Entwicklung der politischen Situation ihres Landes zu verfolgen und für ihre sozialen und politischen Rechte zu kämpfen.

Inwiefern beeinflussen die Wahlen die ausländischen Investitionen in Myanmar?

Nach meiner persönlichen Einschätzung werden die Wahlen eine treibende Kraft sein, die der Regierung Myanmars die Legitimität als eine durch das Volk gewählte Regierung geben

wird. Nach den Parlamentswahlen 2010 wurden bereits eine Reihe von Gesetzen, u. a. das Gesetz über ausländische Direktinvestitionen, beschlossen. Wenn die Regierung nun mit den Wahlen 2015 zu einer rechtmäßigen Regierung werden sollte, wird sie, zusammen mit dem bestehenden Gesetz über ausländische Direktinvestitionen, glaubwürdiger und verlässlicher für ausländische Investoren sein und diesen mehr Sicherheiten bieten können.

Was erwarten Sie von der ADB in den nächsten Jahren? Wie sollte die ADB mit Investitionen in Konfliktgebieten sowie der Politik und Demokratie in Myanmar umgehen?

Derzeit ist sich die Mehrheit der Bevölkerung in den entlegenen Regionen der politischen Veränderungen nicht bewusst. Auch weiß sie nichts von ihren Grundrechten um ihre Familien, ihre Gemeinschaft und ihre Naturressourcen besser zu schützen. Die ADB sollte zuerst in Betracht ziehen, politische Bildung zu fördern, indem sie der Regierung und den gemeindebasierten Organisationen Förderungen gewährt. Ferner sollte sie gute Regierungsführung unterstützen und das demokratische System in Myanmar stärken, ehe sie damit anfängt, Entwicklungsprojekten Darlehen zu gewähren. Wenn sich die einheimische Bevölkerung ihrer Rechte bewusst ist, wird sie vollständig an den lokalen Entwicklungsprojekten teilhaben können. Ansonsten werden sich diese Projekte als destruktiv erweisen und unschuldige Menschen werden dafür die Kosten tragen. Ich erwarte von der ADB in Zukunft, dass sie die enge Zusammenarbeit mit der Regierung, Privatunternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und einheimischen Gemeinden unterstützt, so wie es beispielweise das Konzept der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI, Extractive Industries Transparency Initiative) vorgibt.



Impressum

© Köln, März 2015

Über den Autor:

Pieter Jansen arbeitet seit über zehn Jahren für Both ENDS und konzentriert sich dabei auf internationale Finanzdienstleister wie z.B. die Weltbank oder die Asiatische Entwicklungsbank. 2008 reiste er in die Yunnan-Provinz und nach Ruili an der myanmarisch-chinesischen Grenze, um sich ein Bild von den chinesischen Autobahninvestitionen zu machen. Both ENDS ist Mitglieder des NGO-Forum on ADB.

Satz und Gestaltung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen
<www.k-mw.de>

Redaktion:

Christina Grein

Übersetzung:

Sandy Artuso

Boulevard in Ruili, Yunnan-Provinz, 2008
© Pieter Jansen

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Kontakt:

Burma-Initiative
Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln
Deutschland/Germany
Tel.: +49-(0)221-716121-25
<www.asienhaus.de>
<christina.grein@asienhaus.de>

Gefördert von Engagement Global
im Auftrag des

BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

und von

MISEREOR
IHR HILFSWERK